



Europäisches Parlament lehnt ACTA ab

Plenartagung

Das Abkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie wurde am Mittwoch durch das EU-Parlament abgelehnt, wodurch es in der EU nicht rechtskräftig werden kann. Zum ersten Mal hat das Parlament von seinem im Lissabon-Vertrag verankerten Recht Gebrauch gemacht und ein internationales Handelsabkommen abgelehnt. 478 Parlamentarier stimmten gegen ACTA, 39 dafür. 165 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

"Ich bin sehr erleichtert, dass das Parlament meiner Empfehlung gefolgt ist und ACTA abgelehnt hat", so der Berichterstatter David Martin (S&D, UK) nach der Abstimmung. Zum wiederholten Male äußerte er Bedenken, das Abkommen sei zu vage und führe leicht zu Fehlinterpretationen. Bürgerliche Freiheiten gerieten dadurch leicht in Gefahr. Dennoch sei es wichtig, Alternativen für den Schutz geistigen Eigentums in der EU zu finden, da es sich bei diesem um den "Rohstoff der EU-Wirtschaft" handle.

Christofer Fjellner (EVP, SE), überzeugter ACTA-Befürworter, schlug in der letzten Debatte vor der Abstimmung vor, das Parlament sollte seine Schlussabstimmung bis zur Urteilsverkündung des Europäischen Gerichtshofes hinsichtlich der Vereinbarkeit von ACTA mit EU-Recht verschieben. Da eine Mehrheit der Abgeordneten sich diesem Vorschlag widersetzte, reagierte eine nicht unerhebliche Minderheit mit Stimmenthaltung bei der heutigen Abstimmung.

Während die Abgeordneten noch eine mögliche Zustimmung zu ACTA diskutierten, appellierten Tausende EU-Bürger an sie, ACTA abzulehnen. Dieser noch nie in einem solchen Ausmaß betriebene Lobbyismus nahm die unterschiedlichsten Formen an: Straßendemonstrationen, Emails an Abgeordnete und Anrufe in deren Büros. Das Parlament erhielt ferner ein Petitionsschreiben, in dem 2,8 Millionen Unterzeichner weltweit die Abgeordneten aufrufen, ACTA ihre Zustimmung zu verweigern.

ACTA, das von der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten, den USA, Australien, Kanada, Japan, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, Südkorea und der Schweiz ausgehandelt wurde, soll die internationale Gesetzgebung bei der Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie verschärfen. Das Ergebnis der Abstimmung am Mittwoch hat zur Folge, dass weder die EU noch einzelne Mitgliedstaaten dem Abkommen beitreten können.

Verfahren: Zustimmung

Kontakt :

Agnese KRIVADE

Pressedienst (Brüssel)
BXL: (+32) 2 28 43562
STR: (+33) 3 881 74794
PORT: (+32) 498 98 39 83
EMAIL: inta-press@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

Pressedienst (Brüssel)
BXL: (+32) 2 28 31141

Pressemitteilung

STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Pressedienst (Brüssel)
BXL: (+32) 2 28 40924
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Jens POTTHARST

Pressedienst (Berlin)
STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 15 11 72 57 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Georg PFEIFER

Presseinformationen (Wien)
STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 516 17 0